

Impfen

Der Zwang, den es nicht gibt

CHRISTIAN SCHWAGER

Cui bono? Die antiken Römer haben diese Frage gestellt: Wer profitiert? Sie hilft auch heute noch, politische Entscheidungen besser zu verstehen. Bundesjustizministerin Christine Lambrecht hat nun angekündigt, dass jene Beschränkungen von Grundrechten in Deutschland bald wegfallen, die zur Eindämmung der Corona-Pandemie beitragen sollten. Für alle Bürger. Egal ob sie geimpft sind oder nicht. Zeitgleich und sehr bald.

Cui bono? Die Sozialdemokraten, denen Ministerin Lambrecht angehört? Vielleicht, es herrscht gerade Wahlkampf. Allerdings richtet sich die Wahrnehmung eher auf die Botschaft, nicht auf deren Überbringerin. Die Wahrnehmung der Profiteure, der Bürger. Sie sollen sich wieder frei bewegen können. Sie werden freier sein in ihren Entscheidungen.

Freier als bisher etwa bei der Wahl, sich impfen zu lassen oder nicht. Frei von Diskussionen zumal, deren tieferer Sinn sich erst dann erschließen wird, wenn eine eindeutige Antwort auf die Frage gefunden ist: Cui bono?

Wer profitiert davon, wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich, dass über eine Impfpflicht debattiert wird, die gar nicht zur Debatte steht? Weil es um Kinder ginge, für die noch kein Impfstoff zugelassen ist, und daher niemand eine solche Pflicht derzeit in Erwägung ziehen kann, außer jenen, die dagegen wären, wenn sie dann doch käme, vielleicht, diese Pflicht. Wie bitte?

Jeder muss für sich selbst bestimmen, ob er sich immunisieren lässt oder nicht. Ohne Gesetzeszwang, ohne Gruppenzwang, ohne überflüssige Debatten.

Cui bono? Die politischen Entscheidungsträger wohl kaum. Aus gutem Grund denkt Bundesgesundheitsminister Jens Spahn als Vertreter der regierenden großen Koalition in dieser Frage lediglich darüber nach, eine Empfehlung auszusprechen. Es gelte das Prinzip der Freiwilligkeit, sagt der CDU-Politiker.

Sie haben schon genug andere Debatten zu führen. Sie haben andere Eingriffe in Freiheitsrechte forsch durchgedrückt, wie die nächtlichen Ausgangssperren an frischer Luft. Deren Sinn hat sich nicht jedem auf Anhieb erschlossen und dem Vorwurf einer um sich greifenden Corona-Diktatur argumentativen Vorschub geleistet. Cui bono? Auch jene, die von demokratischer Willensbildung sonst ein eigenwilliges Verständnis haben.

Die Ängstlichen dagegen profitieren von einer Pflicht nicht. Sie werden noch ängstlicher, unsicherer – die Deutschen neigen ja angeblich dazu, unter Stress neurotische Symptome zu entwickeln, was zu einem vorderen Platz im weltweit erhobenen „Neurotizismus-Index“, aber deshalb nicht automatisch zu einem Impfwahl führt.

Wie auch immer: Viele hierzulande fühlen sich ans Frühjahr 2020 erinnert, als die Impfpflicht bei Masern etabliert wurde, begleitet von Protesten. Vorausgegangen waren mehrere Jahre, in denen die Einführung vorbereitet wurde, am Ende galt die Regelung nur für Kitakinder. Die Vakzine gegen Sars-CoV-2 sind erst seit wenigen Monaten im Einsatz nach einer rekordverdächtig kurzen Erprobungsphase. Jeder muss für sich selbst abwägen, ob ihm das genügt. Jeder muss für sich selbst bestimmen, ob er sich immunisieren lässt oder nicht. Ohne Gesetzeszwang, ohne Gruppenzwang, ohne überflüssige Debatten.

Das ist die Kernbotschaft, die in der angekündigten Rückkehr zu den Grundrechten steckt. Cui bono? Die freie Entscheidung. Und nicht diejenigen, denen es um etwas anderes geht.



FDP: Zwischen Selbstbewusstsein und Machtlosigkeit.

BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

Lust ist laut philosophischer Definition eine Erfahrung, die sich gut anfühlt. Eine, die man genießen kann. Ein Gegensatz zu Schmerz und Leiden. Wer das auf Klimaschutz bezieht, muss schon einigermaßen irre sein. Ist das Thema doch bisher massiv negativ besetzt.

Da ist das Horrorszenario einer immer wärmer werdenden Welt mit schmelzenden Polkappen, steigendem Wasserspiegel, flüchtenden Völkern und einer Luft, die uns zum Atmen ausgeht. Außerdem ist der Schutz des Klimas mit Verboten beplästert. Man soll nicht mehr fliegen, nicht übermäßig konsumieren, kein Fleisch essen. Das Eigenheim wird angegriffen, der Verbrenner sowieso, der Kurztrip nach London oder Barcelona ist in Verruf. Lustfeindlicher geht es kaum noch.

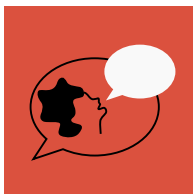
Und dabei liegt im Wort Klimaschutz doch eigentlich nichts Bedrohliches, sondern etwas sehr Gutes. Der Mensch soll in ein Gleichgewicht mit der übrigen Natur zurückfinden und sie nicht derart nachhaltig zerrütten, dass er sich selbst und vielen anderen Lebewesen die Lebensgrundlage entzieht. Vor dem geistigen Auge müssten eigentlich schöne Bilder aufziehen von sauberen Meeren, reiner Luft und Kreislaufwirtschaft.

Leider hat sich die Politik um eine solche Verknüpfung bisher überhaupt nicht bemüht. Im Gegenteil. Es wird gewarnt. Mit Vorliebe vor Dingen, an die wir uns gerade erst so schön gewöhnt hatten. Die grüne Spitzenkandidatin Annalena Baerbock warnte an diesem Wochenende mal wieder vor Kurzstreckenflügen. Damit delegiert sie die Problemlösung in die individuelle Verantwortung. Sie schürt dieselben Ängste wie Politiker aus der rechten Ecke, die die Grünen eine Verbotspartei nennen. Nach dieser Lesart bedeutet Klimaschutz Verzicht und sonst gar nichts.

Bundeskanzlerin Angela Merkel beschwor auf dem ökumenischen Kirchentag – ebenfalls an diesem Wochenende – an-

Klimaschutz

Mehr Lust als Frust



JULIA HAAK

dere schlimme Szenarios. Sie spricht von riesigen Bauerndemos neben riesigen Klimademos und warnt, die Gesellschaft nicht auseinanderfliegen zu lassen. Wie sie mit derartigen Reden über Spaltung eine Versöhnung zwischen den Generationen erreichen will, zu der sie im selben Atemzug einlädt, bleibt schleierhaft.

Und so reagiert die junge Generation in Person von der Fridays-for-Future-Aktivistin Luisa Neubauer erwartungsgemäß patzig. Eine schwierige Verbindung, findet Neubauer, Merkel tue so, als würde Klimaschutz der Demokratie im Wege stehen. Ihre Wahrnehmung: Die Alten muss man verklagen, damit sie endlich was machen. Und damit hat sie ja recht. Erst seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im April bewegt sich auf dem deutschen Parkett in Sachen Klimaschutz wieder etwas.

Kolumne

Lebenswege aus der Parallelwelt

MIRAY CALISKAN

fragt. Aber nachvollziehen kann ich es nicht. Es irritiert mich.

Meine Mama wollte „nur“ Mama sein. Sie wollte aber nie, dass ihre beiden Töchter den gleichen Weg gehen wie sie. Wir sollten ihr Gegenbild sein. Sollten studieren und Karriere machen. Einen Haushalt unterhalten können, ohne von einem Partner abhängig zu sein. Eben: uns einen goldenen „bilezik“ verdienen. Eine Heirat in jungen Jahren bezeichnete meine Mutter als Hindernis auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Leben.

Wieso?, fragte ich sie. Sie habe diese Chance nie gehabt, antwortet sie darauf. So frei zu sein als Frau, den eigenen Weg zu be-

Umso fataler ist das Gerede, sowohl von Verboten wie auch von Spaltung. Denn am Klimaschutz führt ja gar kein Weg vorbei. Seit dem Gerichtsurteil ist das sogar höchst richterlich festgestellt.

Dabei ist das Schüren von Ängsten nicht nur sinnlos, sondern auch überflüssig. Wir können mit einer regenerativen Energiegewinnung, einer nachhaltigen Landwirtschaft, Kreislaufwirtschaft, neuen Antriebsarten für Maschinen in der Industrie und bei der Mobilität unseren negativen Einfluss auf das Klima vermeiden. Die Frage ist nur, ob wir das auch wollen.

Aber auch in dieser Frage sind wir mehr als bereit. Menschen wollen normalerweise lieber etwas Vernünftiges tun, als sich schädlich zu verhalten. Endlich können die regulierten Gesellschaften in Deutschland, Europa und weltweit einmal zeigen, was sie können. Auch die Instrumentarien zur zwischenstaatlichen Verständigung sind vorhanden. Das ist Globalisierung im positiven Sinne. Staaten können gemeinsame Ziele vereinbaren, Verträge schließen, Anreize setzen mit Subventionen, Quoten, Steuergestaltung, dem Bereitstellen von Infrastruktur. Vor allem Industriestaaten sind nicht machtlos. Im Gegenteil. Sie sind durchaus in der Lage, Dynamik zu erzeugen.

Sie brauchen natürlich ein gutes Konzept, bei dem eins ins andere greift, und müssen immer wieder nachjustieren. Nichts ist sinnloser als Bürger zum Kauf von E-Autos zu drängen, wenn es gar keine Ladestationen gibt. Die erste Frage ist allerdings, wie Risiken und Möglichkeiten kommuniziert werden. Als Weg ins unmittelbar bevorstehende Scheitern oder vielleicht doch lieber lösungsorientiert?

Es liegt zu einem maßgeblichen Teil bei der Regierung und den Parteien, wie die Mehrheit in der deutschen Gesellschaft den Klimaschutz wahrnimmt: als Verbotsdebatte oder als Versprechen auf eine bessere Zukunft.

stimmen. Sie wurde von ihrer eigenen Mama und ihrem eigenen Umfeld dazu erzogen, eine gute Mutter und Ehefrau zu werden. Sie wurde anders sozialisiert – ihr Leben war in diesem Sinne fremdbestimmt.

Ich fing mit 15 als Aushilfskraft in einem Schuhladen an. Mit meinem selbst verdienten Geld wollte ich meinen Papa ein Stück weit entlasten – aber mich vor allem von ihm loslösen, eben so weit, wie es für eine 15-Jährige möglich war.

In der Oberstufe jobbte ich in einem Kleidungsgeschäft. Zu meiner Unzeit bezog ich Bafög, weil mir durch das Pendeln zwischen Karlsruhe und Mannheim keine Zeit zum Arbeiten blieb. Nach meinem Bachelor, als ich monatliche Absagen für Redaktionsvolontariate einstecken musste, schaffte ich wieder als Aushilfskraft in der Innenstadt. Legte Pullover zusammen, machte Umkleidekabinen sauber und packte im Lager Kartons aus. Dann kam die Zusage für ein Volontariat. Dann der Berufseinstieg. Ich stand nie still.

Ich kenne sehr viele Frauen und Männer, auch in meinem Freundeskreis, die ihren ersten Job nach ihrem Uniabschluss hatten. Sie arbeiteten bis dahin nicht, weil ihre Eltern nach dem Abitur das Auslandsjahr finanzierten, später die WG-Miete zahlten, zum Monatsanfang auch Taschengeld überwiesen. Nicht arbeiten, weil man nicht muss: Auch diese Parallelwelt gibt es in meinem Umfeld. Auch sie irritiert mich.

Zitat

„Die Klarheit des Gedankens, die Genauigkeit des Gedankens und der Stil sind Geschwister. Es ist sehr schwer, das voneinander zu trennen.“

Michael Maar, Autor, im Spiegel-Interview

Auslese

Ohne Maske in den USA

Die Neue Zürcher Zeitung kommentiert die Aufhebung der Maskenpflicht für vollständig Geimpfte in den USA: „Wie schon das bis zu diesem Tag sehr konsequente Maskentragen Bidens ist auch der demonstrative Verzicht mehr als nur ein politischer Gimmick. Biden hatte bisher mit der Maske demonstriert, dass die Pandemie ein ernstes Problem sei und dass eine von ihm geführte Administration diese mit höchster Priorität bekämpfen würde. Damit hat er sich im Wahlkampf erfolgreich von Trump abgesetzt. ... Die Impfkampagne ist in die Phase getreten, in der nicht Sicherheit suchende Menschen um die raren Spritzen ringen, sondern die Behörden um Impfwillige werben. Da ist eine gut sichtbare Belohnung für Geimpfte ein willkommener und rationaler Anreiz, um die Kampagne zu unterstützen.“

La Repubblica aus Rom schreibt: „Die Immunität befreit uns vom Verwenden der Masken, nicht nur im Freien, sondern auch in Innenräumen. Dank Pfizer, Moderna und Johnson & Johnson kann man wieder anfangen, das Lächeln seiner Mitmenschen zu genießen. Oder sogar Fremde küssen, wenn sie damit einverstanden sind.“ (p.i.)

KORREKTUR

Das Foto auf der Leserbriefseite am Freitag zeigt nicht, wie in der Bildunterschrift angegeben, die Demonstration am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz, sondern eine Demonstration am 4. November 1990.

Berliner Zeitung

PFLICHTBLATT DER BÜRSE BERLIN

Herausgeber: Dr. Michael Maar
Textchefin: Bettina Cossack (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Koordination: Karim Mahmoud, Tobias Müller
Reporter: Ruth Schneberger, Jan Schmidt
Dossier: Anja Reich, Sabine Rennefanz

Resorts
Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar
Welt & Nationen: Dr. Michael Maier
Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Brienne
Kultur: Harry Nutt

Lernen & Arbeiten: Eva Corino
Gesundheit & Leben: Ruth Schneberger
Sport & Lebensfreude: Benedikt Paetzhold
News: Philippa DeJonne

Chef Fotoredaktion: Paulus Ponitzak
Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressgesetzes.

Chef Print: Ingo Preißer
Chefin Art Direction: Stephanie Franziska Scholz
Print Art Direction: Annette Tiedge
Chefin Open Source: Dr. Petra Kohse
Lesertelefon Redaktion: +49 30 63 33 11-457
E-Mail: leser-biz@berlinerzeitung.de

Redaktion: Berliner Newsroom GmbH
Geschäftsführung Berliner Newsroom GmbH:
Dr. Mirko Scheffelbein (Vorstand), Tobias Müller, Jan Schmidt
Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Vorlag: Berliner Verlag GmbH
Geschäftsführung: Dr. Mirko Scheffelbein (Vorstand), Holger Friedrich
Postadresse 11509 Berlin. Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-53 33
Anzeigen: BVZ Anzeigenzeitungen GmbH, Geschäftsführung: Holger Friedrich
Postfach 11 05 06, 10835 Berlin;
Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97
E-Mail: kundenservice@berlinerzeitung.de

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerzeitung.de
Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Geschäftsführung: Steffen Heimschrott, Holger Friedrich
Am Wasserturm 11, 10365 Berlin,
Internet: www.berliner-zeitungsdruck.de

Leserservice Abo: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berlinerzeitung.de
Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung werktätig Mo-Fr
sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.

Mit dem Digital-Abonnement der Berliner Zeitung erhalten Sie
jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.
Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer
Internetseite aboshop.berliner-zeitung.de

Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen (Streik/Aussperrung) besteht
kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.
Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotomaterial wird
keine Haftung übernommen.

Die Auflage der Berliner Zeitung wird von der unabhängigen Informations-
gemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern geprüft.